

II-8698 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4264 13

1989-09-28

Anfrage

der Abgeordneten Josef Buchner
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Finanzierung des Linzer Verkehrsverbundes

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Zusätzlich zu den Emissionen aus der Großindustrie ist der Linzer Zentralraum durch ein starkes Pendleraufkommen und den damit verbundenen Schadstoffen aus KFZ belastet. Aus Gründen der Verkehrsberuhigung und Schadstoffreduktion wurde in Linz das gebührenpflichtige Parken eingeführt. Um den Berufspendlern das

Umsteigen vom privaten PKW auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern, wurde vom Hauptträger des Linzer ÖV, der ESG, ein Stufenplan zur Erweiterung des seit 1985 bestehenden Verkehrsverbunds erarbeitet, über dessen Finanzierung Verhandlungen zu führen sein werden.

Da das Finanzministerium zu bereits bestehenden Verkehrsverbänden (Wien, Salzburg) ein Drittel der der öffentlichen Hand erwachsenden Kosten trägt, sollte auch der Linzer Verkehrsverbund in ähnlichem Umfang mitfinanziert werden.

Derzeit erhält Linz zusammen mit anderen Großgemeinden nur 15% der Mittel der Nahverkehrsmilliarde. Im Vergleich zu Innsbruck ist der Linzer Anteil - legt man einen Bevölkerungsschlüssel zu grunde - ungerechtfertigt niedrig. Gemessen an den verkehrspolitischen Aufgaben dieser Großkommune sind die Mittel sehr gering.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

- 2 -

A n f r a g e

1. Warum wurde der ungerechte Verteilungsschlüssel zu Ungunsten der Stadt Linz bei der Aufteilung der Nahverkehrsmilliarde noch nicht geändert?
2. Wurden bereits Verhandlungen über die Finanzierung des Linzer Verkehrsverbundes in der erweiterten Form vom 7. September 1989 aufgenommen?
3. Ist der Bundesminister für Finanzen grundsätzlich bereit, den Linzer Verkehrsverbund in ähnlichem anteilmäßigem Ausmaß zu finanzieren wie den Verkehrsverbund Ost?